



**Michael Schrodi**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

Schrodi: Klimaschutzgesetz wird dazu beitragen, die nationalen Klimaziele zu erreichen.

Olching, 10.10.2019

### Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1  
82140 Olching  
Telefon: +49 8142 501 0589  
Fax: +49 8142 501 3962  
michael.schrodi.wk@bundestag.de

### Berliner Büro:

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Otto-Wels-Haus  
Raum: 5.027  
Telefon: +49 30 227-77541  
Fax: +49 30 227-70541  
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

**„Wenn, wie zuletzt FDP-Kommunalpolitiker, Klimaschutz nicht ernst nehmen, sie für den Umweltschutz aktive Menschen verhöhnen und beleidigen und Aussagen des Weltklimarats bezweifeln,“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi, „ist das eine Klatsche für die Landkreisbürgerinnen und -bürger, die sich engagiert für den Klimaschutz einsetzen. Klimaleugner und Verschwörungstheoretiker waren bisher ein Phänomen der AfD, nun haben sie offensichtlich auch eine Heimat in der FDP.“**

Schrodi fordert, Klimaschutz in jedem politischen Gremium, auf jeder Ebene und in allen Politikfeldern umzusetzen. Der Antrag der SPD, auch im Landkreis Fürstentfeldbruck, den Klimanotstand auszurufen, ist jedoch im Kreistag von CSU bis Grüne abgelehnt worden. „Damit hat der Landkreis eine große Chance verpasst, beim Klimaschutz voranzugehen“, bedauert Michael Schrodi die Ablehnung.

Auf Bundesebene werden hingegen wichtige Pflöcke für einen effektiven Klimaschutz eingeschlagen. Für Michael Schrodi ist das Klimaschutzgesetz das Kernstück der zukünftigen Klimapolitik und die wichtigste Maßnahme auf dem Weg, nationale Klimaziele zu erreichen. Ein Klimaschutzprogramm muss für Schrodi drei Kriterien erfüllen: Es muss sozial ausgewogen, ökologisch wirksam und ökonomisch sinnvoll sein. „Ich vernehme die Kritik, das Klimaschutzprogramm gehe nicht weit genug oder sei nicht wirkungsvoll“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete. „Ich möchte allerdings dazu aufrufen, die Gesamtheit der Maßnahmen zu betrachten.“

Wichtigster Bestandteil des Klimaschutzgesetzes ist ein wirkungsvoller Kontrollmechanismus, der die einzelnen Ministerien verpflichtet, jährliche CO<sub>2</sub>-Minderungsziele zu erreichen. Die Vorgaben entsprechen den Zielen, die das Pariser Klimaabkommen und die Europäische Kommission gesetzt haben, und werden jedes Jahr vom Klimakabinet und einem Expertenrat überprüft. Reichen die beschlossenen Maßnahmen in einem Bereich nicht aus, damit die Treibhausgasneutralität 2050



erreicht wird, wird nachgesteuert und ein Sofortprogramm aufgesetzt.

Michael Schrodi, der im Bundestag Mitglied im Finanzausschuss und im Ausschuss Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit ist, verweist auf die insgesamt 54 Milliarden Euro, die der Staat bis 2023 bereitstellt, um Maßnahmen zur Vermeidung von CO<sub>2</sub> zu fördern.

Insbesondere bei Verkehr und Wohnen wird der Umstieg auf klimaneutrale Formen der Mobilität und der Wärmeversorgung vorangetrieben und – das ist den Sozialdemokraten besonders wichtig – darauf geachtet, dass kein Bürger und keine Bürgerin finanziell überfordert wird.

Mobilität wie auch Wohnen muss bezahlbar bleiben. Denn was bei der Debatte um den ebenfalls im Programm enthaltenen CO<sub>2</sub>-Preis und seine Höhe gerne vergessen wird: Klimaschutz lässt sich nicht allein über den Preis von CO<sub>2</sub> erreichen. Solange keine Alternativen zur Verfügung stehen, trifft es mit einem hohen Einstiegspreis vor allem Menschen, die nicht mal eben ein neues Auto oder eine moderne Heizung kaufen können. Bis 2025 soll der Preis pro Tonne CO<sub>2</sub> auf 35 Euro steigen. Im Jahr 2026 wird es keinen Festpreis mehr geben. Außerdem wird dann eine maximale Menge an CO<sub>2</sub> festgelegt, die ausgestoßen werden darf. Sie wird von Jahr zu Jahr geringer und ergibt sich aus den Klimazielen. Der 42-Jährige verweist in diesem Zusammenhang aber auch auf die Kompromisse, die zwischen den Regierungsparteien eingegangen wurden, zum Beispiel bei der Windenergie. „Hier hat die SPD dafür gekämpft, dass die Windenergie weiter ausgebaut werden kann. In Bayern bleibt die Windausbaubremse 10H-Regel jedoch erhalten. Wir wollen aber erreichen, dass auch die bayerischen Kommunen von dieser Abstandsregelung nach unten abweichen und wir diese Regel eines Tages ganz abschaffen können.“